

Doktor gegen Doktor

Gesundheit Vor den Neuwahlen der Kassenärztlichen Vereinigung stehen die Zeichen auf Sturm. Hausarztpräsident Hoppenthaler will den Ausstieg, andere Mediziner wollen das 80 Jahre alte System modernisieren

Bei den bayerischen Ärzten stehen die Zeichen auf Sturm. Auslöser ist der Plan von Wolfgang Hoppenthaler, Landeschef des Hausärzterverbandes, mit seinen Kollegen aus dem Selbstverwaltungssystem auszustiegen. Andere Mediziner wollen die Kassenärztliche Verwaltung (KVB) reformieren und dieses Vorhaben verhindern. Zu ihnen gehört Martin Lang (Augsburg), Vorsitzender der bayerischen Kinder- und Jugendärzte. Wir sprachen vor den Neuwahlen (16. bis 24.11.) bei der KVB mit ihm über einen möglichen Ausstieg der Hausärzte und über dessen Konsequenzen.

Wie geht es mit der ärztlichen Selbstverwaltung in Bayern nun weiter? Sie sehen deren Zukunft mit Sorge.

Lang: In der Tat sehe ich die Bestrebungen des Hausärzterverbands, in der KVB wieder eine starke Position zu übernehmen, mit gemischten Gefühlen. Denn der bayerische Hausärzterverband will grundsätzlich aus dem System der Selbstverwaltung aussteigen. Und jetzt will dessen Vorsitzender Hoppenthaler bei den anstehenden KVB-Wahlen kandidieren. Ich mache mir Sorgen, dass die Selbstverwaltung im Falle eines kompletten Ausstieges der Hausärzte zumindest zersplittert und damit ernsthaft geschwächt wird.

Was hätte ein Ausstieg der Hausärzte für die ambulante Medizin zur Folge?

Lang: Wir bekämen eine Zweiteilung im Lande. Auf der einen Seite die Allgemeinärzte mit ihrer privaten Organisation und eigenen Konzepten. Auf der anderen Seite die Fach-

ärzte in einer Art kollektiver Rumpforganisation. Damit ist es vorbei mit der ambulanten Gesundheitsversorgung aus einer Hand.

Welche Folgen hätte das für die Patienten?

Lang: Na ja, wenn wir zwei konkurrierende medizinische Systeme aufbauen, besteht die Gefahr, dass hierbei aufgrund des Konkurrenzdenkens viel Energie verschwendet wird. Das wäre falsch, denn die Patienten haben für ihre Beitragszahlungen ein Recht auf die bestmögliche Versorgung. Eine Aufspaltung der ärzterverbände verstärkt zudem die Gefahr, dass Medizin weiter internationalisiert wird durch große, zentral gelegene Medizin-Stützpunkte privater Investoren. Das heißt für die Patienten weitere Anfahrtswege, eine anonymere, weniger individuelle Behandlung.

Das heißt, die Leidtragenden einer Spaltung der Ärzteschaft in Bayern wären letztendlich die Patienten?

Lang: Das kann man so sagen.

Aber Hoppenthaler nennt gute Gründe für einen Ausstieg. Er spricht vom „korrupten Zwangssystem der Kassenärztlichen Vereinigung“.

Lang: Natürlich gäbe es genügend Gründe auszustiegen. Und es stimmt, die Selbstverwaltung der Ärzte bedarf unbedingt einer Modernisierung. Auch lief in der Vergangenheit nicht immer alles zufriedenstellend. Doch es gibt ermutigende Ansätze.

Welche meinen Sie?

Lang: Wie Sie wissen, haben beispielsweise die Kinder- und Jugendärzte die neuen gesetzlichen Möglichkeiten in den vergangenen zwei Jahren genutzt, eigenständig unter dem Dach der kassenärztlichen Selbstverwaltung zu verhandeln. So gelang es ihnen, die Versorgungskonzepte in der ambulanten Medizin qualitativ spürbar zu verbessern. Ein inhaltlicher Schwerpunkt sind die zusätzlichen



Dr. Martin Lang

(Zapfelphilipp-Syndrom) rechtzeitig helfen.

Wie sollte es künftig optimalerweise laufen?

Lang: Wichtig ist, dass künftig nicht 35-jährige Betriebswirte in der KVB darüber entscheiden, welche Anforderungen bestehen, sondern Mediziner, die die Probleme aus der Praxis kennen. Das heißt: mehr Mitspracherecht für Mediziner innerhalb der KVB. Alle Arztgruppen sollten sich an einen Tisch setzen und sagen: Wir gründen wieder mehr Netzwerke, um eine qualitativ so hochwertige und wohnortnahe Versorgung wie möglich sicherzustellen.

Heißt das, dass dies nicht der Fall ist?

Lang: Nein, so zugespitzt sollte man dies nicht formulieren. Aber es

könnten tatsächlich einige Dinge verbessert werden, was die Zusammenarbeit betrifft.

Geht es auch konkreter?

Lang: Ja, wie gesagt, alle Beteiligten der verschiedenen Fachgruppen müssen Gehör und Mitsprache finden, die KVB muss eine enge Vernetzung für alle Beteiligten gewährleisten. Vor allem geht es um ein medizinisches Gesamtkonzept, das hinter der Vernetzung steht, um eine gesicherte ambulante Struktur.

Das heißt?

Lang: Wir müssen präzise Schnittstellen definieren, wie Allgemeinarzt und Facharzt zusammenarbeiten. Bislang macht das jeder nach eigenem Gusto. Der eine überweist sehr schnell zum Facharzt, der andere erst spät.

Gegen den Wettbewerb unter den Arztgruppen ist doch nichts zu sagen?

Lang: Selbstverständlich, solange die ausgewogene Gesundheitsversorgung unseres Sozialsystems dabei nicht unter die Räder kommt. Aller-

dings ist die Hausärztliche Vertragsgemeinschaft, im Gegensatz zum KV-System, privatwirtschaftlich organisiert und arbeitet gewinnorientiert. Schon jetzt sind die medizinischen Leistungsbilanzen und die Verwendung der Versichertenbeiträge in diesem System für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar. Dabei werden nicht nur die Beitragsgelder der Versicherten, sondern auch sensible Behandlungsdaten an die private allgemeinärztliche Organisation mit Sitz in Köln weitergegeben. Auch in Hinsicht auf Datenschutz der Versicherten gibt es bei Experten Bedenken.

Wenn die Hausärzte aussteigen sollten, wären sie auch nicht mehr dem Gesundheitsministerium unterstellt.

Lang: Das stimmt. Aber ich denke, die ambulante Gesundheitsversorgung ist ein so hohes Gut, das durch aus dem Gesundheitsministerium unterstellt bleiben sollte. Denn nur so ist garantiert, dass auch Krankheitsbehandlungen, die wenig Profit einbringen, auf höchstem Niveau stattfinden.

Unterm Strich hieße das aber auch, dass es unter der Ärzteschaft weniger Futterneid geben muss.

Lang: Ja. Ja klar. Es kann auch nicht sein, dass Ärzte um ihre Einkommen wie am Basar kämpfen.

Wie wird der Streit enden?

Lang: Ich hoffe, Hoppenthaler und seine Allgemeinärzte werden verstehen, dass wir wieder enger, vertrauensvoller zusammenarbeiten müssen. *Interview: Josef Karg*

KVB

Der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB) gehören alle Ärzte und Psychotherapeuten an, die zur ambulanten Behandlung von Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherungen zugelassen oder ermächtigt sind. Die KVB ist unter anderem für die Abrechnung der Behandlungen zuständig. (AZ)